impulse

Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Märkisch-Oderland

4
2022



Foto: WIR PACKEN'S AN

Gert Grüner beim Packen von Spendenpaketen

Trucks mit Hilfsgütern unterwegs zu Brennpunkten in Europa

Gert Grüner gegen Unterschiede bei der Hilfe für Geflüchtete

Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Not. Ob in griechischen Flüchtlingslagern, an der polnisch-belarussischen Grenze oder bei ihren Wegen aus der Ukraine – überall versorgen Hilfsorganisationen Geflüchtete mit dem Nötigsten. Das große Spendenaufkommen der Bevölkerung braucht viele fleißige Hände. Lebensmittel, Decken und medizinische Güter müssen sortiert und für die Hilfstrucks verpackt werden. DIE LINKE hatte seit längerem dazu aufgerufen, den Verein „Wir packen's an" aus Bad Freienwalde dabei zu unterstützen.

Mit Gert Grüner aus Neuenhagen, einem der zahlreichen Helfer, sprach Impulse.

Gert, im März hast Du in einer Lagerhalle in Biesenthal geholfen, Transporte mit Hilfsgütern für Menschen aus der Ukraine zusammenzustellen. Welche Spenden wurden hier verladen und wohin gingen sie?

Verpackt wurden vor allem Babynahrung und Hygieneartikel sowie Decken, Bettwäsche, Isomatten und Artikel, die man in Erstaufnahmestellen benötigt. Aktuell gingen die Sendungen nach Moldawien an eine staatliche Stelle und an einen Hilfsverein. Ein Truck startete mit mehr als 20 Tonnen Hilfsgütern zur Unterstützung des kleinen Moldawiens bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme aus der Ukraine. Die Zusammenarbeit mit örtlichen Gruppen und NGO's, funktioniert auch an anderen Brennpunkten wie dem griechischen Flüchtlingslager Moria und an der polnisch-belarussischen Grenze. Für die Hilfsaktionen sind aber auch Geldspenden nötig – zumal bei allem Engagement der Vereinsmitglieder – Trucks nicht ohne Diesel fahren.

Fortsetzung Seite 5

Zwei Drittel für neue Parteispitze — **Seite 2**

Dialog auf Augenhöhe mit SchülerInnen — **Seiten 3**

Tatsachen vor Meinungen — **Seite 4**

„junge Welt" zieht vor Gericht — **Seite 7**

Linke vor Ort

Wir sind für die Menschen da, nicht für uns

Renate Adolph über Landesparteitag der LINKEN 2. und 3. April


Foto: A. Fortunato

„Wir sind für die Menschen da, nicht für uns! – Wir werden als einzige konsequente Sozial-, Friedens- und Klimapartei in dieser kapitalistischen Gesellschaft dringend gebraucht! – Hört auf mit internem Gezänk! – Zerstört nicht unsere Partei!“ Diese Forderungen zogen sich wie ein roter Faden durch die sehr emotionalen Wortbeiträge auf dem Parteitag der brandenburgischen LINKEN am 2. und 3. April in Schönefeld. Denn hier hatten sich weit über 100 Delegierte versammelt, die sich in verschiedensten Bereichen mit dem eigentlichen Auftrag der Partei als soziale Opposition leidenschaftlich engagieren.

Und dafür haben sie auch eine starke neue Doppelspitze gewählt: mit Katharina Slanina (68 Prozent der Stimmen) und Sebastian Walter, (69 Prozent). Die 44-Jährige hatte sich mit Präsenz, offenem Ohr und Hilfe im gesamten Bundesland bei den Genossinnen und Genossen als bisherige Co-Vorsitzende einen guten Namen gemacht. Der 31-Jährige hatte in den letzten 2½ Jahren die Landtagsfraktion als ihr Vorsitzender zur unüberhörbar führenden Oppositionspartei geformt, die mit dem Finger auf anstehende Probleme zeigt und die Landesregierung antreibt: Energiepreise, Gesundheit, Kitabeiträge, Löhne, ÖPNV, Pflege, Schulgesundheit, Wohnungen …

Das neue Duo setzte sich gegen Anja Kreisel (44) aus Frankfurt (Oder) und den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Norbert Müller (36) aus Potsdam durch. Aus Märkisch-Oderland wurde Carolin Schönwald aus Buckow in den Landesvorstand gewählt. Geschäftsführer bleibt Stefan Wollenberg, Landesschatzmeister Mario Dannenberg.

In den inhaltlichen Fragen der Partei, bei der Verurteilung des Aggressionskrieges Russlands gegen die Ukraine, gegen die weitere Aufrüstung mit 100 Milliarden Euro sowie bei gleichen Maßstäben für alle Geflüchteten bestand auf dem Parteitag Übereinstimmung. Was macht es in dieser Partei so schwierig? Offensichtlich sind es Lagerkämpfe, jung gegen alt, Bewegungs- bzw. Parlamentsengagement sowie Rechthaberei. „Wir können uns kein Gegeneinander leisten. Wir brauchen ein Miteinander“, gab Sebastian Walter den Mitgliedern dann auch mit auf den Weg.

Kein Raum für Kriegshetze in Hönow

Die Gaststätte „Mittelpunkt der Erde“ im Ortsteil Hönow hat sich in den letzten Jahren zu einem Treffpunkt der AfD entwickelt. In Berlin finden die Gefolgsleute der Partei kaum noch Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen, dank des Widerstandes vieler Gastwirte. So wich die Partei wiederholt an den Stadtrand aus. Dabei wurden die Zusammenkünfte stets von lautstarken Protesten gegen die zunehmend rechtsradikalisierte Partei begleitet.

Im März hatte Lars Günther, AfD-Kreisvorsitzender MOL und Landtagsabgeordneter, den Chefredakteur des extrem rechten Compact-Magazins, Jürgen Elsässer, sowie den Berliner AfD-Politiker Gunnar Lindemann zu einem Diskussionsabend über den Ukraine-Krieg eingeladen. Rund 50 vorwiegend junge Protestierende machten vor dem Versammlungsort in Hönow beim Eintreffen der rund 30 Teilnehmer lautstark ihren Unmut über rechte Kriegspropaganda mit Putin-Fans deutlich. Das Bündnis der Gegendemonstration, darunter die Initiative „Kein Raum der AfD“, der „Verein der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschist*innen“ MOL, die „Beratungsstelle für die Opfer rechter Gewalt“ MOL sowie Mitglieder der LINKEN erinnerten dabei an das Gebot: Nie wieder Krieg! *r. a.*



Foto: Renate Adolph

Unsere Abgeordneten in den Parlamenten

Linksfraktion begrüßt Einführung der Gesundheitskarte für Asylbewerber

Die Linksfraktion im Kreistag begrüßt die Gerichtsentscheidung, dass nun auch Märkisch-Oderland die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber einführen muss. Auf einer Klausurberatung in Strausberg Ende März verwiesen die Abgeordneten zudem darauf, dass sie sich seit Jahren für die Gesundheitskarte eingesetzt hatten, die sich in allen anderen Landkreisen Brandenburgs bereits seit langem bewährte. Mit dieser Karte können Geflüchtete direkt zum Arzt gehen und benötigen keinen Krankenbehandlungsschein von ihrer Unterkunft oder vom Amt mehr. Bereits 2019 hatte die Landesregierung den Landkreis angewiesen, eine solche Karte einzuführen. Doch der Landkreis klagte dagegen vor Gericht und verlor.

Die Mitglieder der Fraktion zeigten sich in diesem Zusammenhang verwundert, dass Menschen, die aktuell aus der Ukraine kommen, die Gesundheitskarte früher nutzen können als bisherige Asylbewerber, bei denen es nun nach Auskunft des Landkreises voraussichtlich ab Juli erst möglich sein solle.

Weitere Themen der Beratung waren Schul- und Kita-Angebote für die rund 500 geflüchteten Kinder aus der Ukraine im Landkreis. Etwa 1300 Ukrainer waren bis dahin in MOL eingetroffen und wurden zunächst vor allem in Notunterkünften in Buckow, Lebus und Seelow untergebracht. Dafür müsse das vom Land zur Verfügung gestellte Integrationsbudget von Kreis und Kommunen genutzt werden, so die Abgeordneten.

Auch die Situation im Tierheim Wesendahl mit offensichtlicher Überforderung der Betreiber, regionale Wasserprobleme mit fehlenden regional übergreifenden langfristigen Konzepten sowie die finanzielle Ausgestaltung des Schülerverkehrs mit Entlastungen für die Eltern wurden auf der Klausur diskutiert. *r. a.*



Pausengespräch von Abgeordneten Foto: Renate Adolph

dialogP – das ist Politik zum Verstehen und Mitmachen

Bettina Fortunato über ihre Gespräche mit SchülerInnen auf Augenhöhe

In Dialogveranstaltungen mit Landtagsabgeordneten aus ihrem Wahlkreis erleben Schülerinnen und Schüler Politik hautnah. Dabei geht es nicht nur um die Auseinandersetzung mit landespolitischen Themen, sondern auch um den Abbau von Vorbehalten und Vorurteilen. Jugend und Politik im Dialog ist eine Herausforderung für alle beteiligten Abgeordneten. Denn hier wird ein Dialog auf Augenhöhe geführt.

Ich machte mich also an einem Montag auf den Weg nach Fürstenwalde zur Katholischen Schule Bernhardinum. Die Schule hatte im Voraus informiert, über welche Fragen die Schülerinnen und Schüler aus der 9. und 10. Klasse mit uns Landtagsabgeordneten aus verschiedenen politischen Fraktionen diskutieren wollen: Ukrainekrieg, Bürgerbeteiligung, Abschaffung von Schulnoten, Gesundheit und Suchtverhalten, Nachhaltigkeit und Wahlalter ab 16.

Nein, Brandenburg sollte nicht alle politischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland kappen. Bürgerbeteiligung beginnt mit Kinder- und Jugendbeteiligung und die steht seit 2019 in der Brandenburger Verfassung. Schulnoten sind ein aus der Zeit gefallenes Bewertungssystem und gehören abgeschafft. Alkohol ist die am weitesten verbreitete Droge in Brandenburg und bleibt trotzdem gesellschaftsfähig. Wahlalter ab 16 für Bundestag und Europäisches Parlament muss unbedingt kommen.

Nach zweistündiger Diskussion an sechs Thementischen, war ich echt platt.

Die jungen Leute waren nicht nur super vorbereitet. Man konnte auch echte Streitgespräche führen. Nicht nur, dass ich eine Menge darüber gelernt habe, wie Politik so ankommt. Ich konnte auch den Beweis antreten, dass ich als LINKE nicht losgelöst von der Wirklichkeit arbeite. Bei der Auswertung der Schüler schnitt so die LINKE Fortunato mit Abstand am besten ab. Hoffentlich vergessen sie das nicht, wenn sie dann wählen gehen. Spaß hat es dennoch gemacht zu sehen, wie kritisch sich junge Menschen mit ihrer Umgebung auseinandersetzen, wenn man sie dazu bringt.

Kolumne

Tatsachen vor Meinungen

Überlegungen von Reiner Donath und Gerhard Schwarz

Tatsache ist, dass am 20. März 2022 um 16.33 Uhr der kalendarische Frühling begann.
Tatsache ist, dass Krieg in der Ukraine geführt wird und Menschen sinnlos sterben, dass an den dafür gelieferten Waffen andere verdienen, dass auch im Senat der USA die Betreibung und Finanzierung von Laboren zur Herstellung von Biowaffen in der Ukraine bestätigt wurde und faschistische Bataillone im Osten brutal vorgehen.
Tatsache ist, dass Wirtschaft und Politik nur den Menschen dienen sollten. Aber gegenwärtige Sanktionen schaden den Menschen, nicht nur in Russland, sondern auch in Deutschland. In der Wirtschaft Tätige fühlen sich aus ideologischen Gründen vom globalen Markt abgeschnitten und dies nicht nur die rund 5000 Betriebe mit deutscher Beteiligung in Russland, sondern konkret auch Klein- und Mittelbetriebe sowie die Landwirte in Deutschland.
Tatsache ist, dass jeder Autofahrer an der Tanksäule das Grausen bekommt. Transport- und Logistikbetriebe leiden unter dem Preisauftrieb und den fehlenden Kraftfahrern. Die Kosten der Energie schlagen durch auf alle Preise, auch im Lebensmittelbereich. Die Ärmsten der Armen beginnen zu frieren und zu hungern.
Tatsache ist, dass sagen die Fachleute, die sich vor Ort auskennen und Kontakte zu Partnern und Bekannten haben, es besteht eine Diskrepanz zwischen medialer Darstellung und Erlebten vor Ort.
Tatsache ist, dass der Krieg beendet und Friede sowie Sicherheit hergestellt werden müssen. Dazu gilt es, die Dialoge ergebnisorientierter weiterzuführen. Dafür bedarf es Brücken der Verständigung mit viel Vertrauen sowie Respekt voreinander und nicht weiteres Anheizen von Spannungen.

Der vergessene Krieg

Renate Adolph über ungleiche Berichterstattung

Von morgens bis abends berichten hiesige Medien auf allen Kanälen über Grausamkeiten der russischen Aggression in der Ukraine. Ich kann mich nicht an ein ähnliches mediales Feuerwerk schrecklicher Szenarien bei Kriegen westlicher Staaten, voran der USA, erinnern: Vietnam, Laos, Kambodscha, Korea, Irak, Libyen, Syrien, Afghanistan ...
Was erfahren Hörer, Zuschauer und Leser vom mörderischen Krieg in Jemen, der seit 2015, angeführt von Saudi-Arabien auch mit deutschen Waffen tobt? So gut wie nichts. Auch wenn sich alle Aufmerksamkeit aktuell auf die Ukraine richtet, sollte nicht vergessen werden, dass der Krieg im Jemen zur gegenwärtig schlimmsten humanitären Katastrophe der Welt führte. Infrastruktur und Fabriken wurden zerbombt. Während hierzulande ukrainische Flüchtlinge mit Spenden überhäuft werden, leiden dort die Menschen und vor allem die Kinder unter dramatischer Nahrungsknappheit. Laut Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) sind in Jemen 13 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Die Anzahl dürfte sich angesichts des Krieges in der Ukraine und damit durch Spekulationen steigender Getreidepreise noch erhöhen. Zur Versorgung mit dem Nötigsten seien 3,4 Milliarden Euro nötig, so das WFP. 2021 habe das Welternährungsprogramm gerade einmal 58 Prozent des Geldbedarfes decken können.
Amnesty International (AI) kritisierte in seinem Bericht Ende März, dass Staaten und bewaffnete Gruppen 2021 elementare menschenrechtliche Schutzpflichten verletzten, humanitäres Völkerrecht missachteten und Kriegsverbrechen begingen. „Und sie taten dies, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden und ohne dafür wirksam von der internationalen Staatengemeinschaft sanktioniert zu werden“, so AI.



Zeitzeugen

Trucks mit Hilfsgütern unterwegs zu Brennpunkten in Europa

Gert Grüner gegen Unterschiede bei der Hilfe für Geflüchtete

Fortsetzung von Seite 1

Der Verein „Wir packen‘s an“ kritisierte, dass Menschen aus anderen Kriegs- und Krisenregionen an der polnischen Außengrenze zur Europäischen Union noch immer im Wald eingeschlossen sind und weder Schutz noch Sicherheit von der EU erhalten. Wie könne es sein, dass die einen willkommen geheißen werden, und die anderen nicht, bemängelt die Hilfsorganisation. Wie denkst Du darüber?

Die Festung Europa wird bewacht und das ist dem „Friedensnobelpreisträger“ EU wichtiger als Humanität. Deshalb werden Menschen, die ohnehin schon Schlimmes erdulden mussten, u. a. in ostpolnischen Wäldern, rechtlos und ohne Versorgung festgehalten. Es wird bei Geflüchteten auch unterschieden zwischen „richtigen“ Ukrainern und solchen, die sich dort nur aufhielten wie afghanische oder syrische Kriegsflüchtlinge, ausländische Studenten und Künstler. Die offenen Arme für erstere und die Zurückweisung für alle übrigen ist ein Skandal wie die ganze Flüchtlingspolitik von EU und Deutschland.

Wie oft warst Du bei den Hilfsaktionen und was bewegt Dich, mit anzupacken?

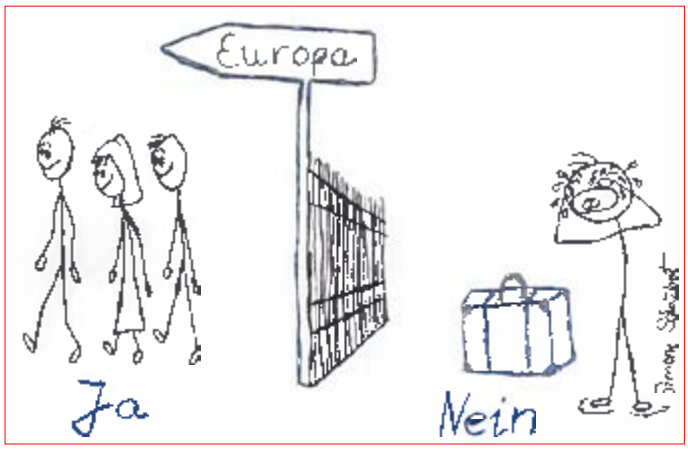
Bisher war ich in den zurückliegenden Jahren sieben Mal dabei. Die Schicksale der Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil dort Krieg oder kriegsähnliche Zustände herrschen, oder weil sie nur dem permanenten Hunger entkommen wollen, bewegen mich schon sehr lange. Nachdem unser Genosse Christian Steinkopf aus Strausberg über den Hilfsverein „Wir packen`s an“, der sich nach der Moria-Katastrophe gegründet hatte, berichtete, wollte ich mit anpacken. So wichtig und unverzichtbar sowohl Sach- als auch Geldspenden sind, so kann ich auf diese Weise auch noch praktische Hilfe leisten! Da man ja nicht immer dazu Gelegenheit hat, bin ich den „Anpackern“, die schon so lange so bewundernswert engagiert sind, dankbar. Übrigens habe ich gerade erst ein Strausberger Ehepaar kennengelernt, das sich von ihrer Tochter hat „anstecken“ lassen und nun auch tatkräftig mittut.

Vielen Dank für Deine große Hilfsbereitschaft!

Für künftige Anpacker anmelden ist sinnvoll.

Mail: packen@wir-packens-an.info, Packort ist Biesenthal

Spendenkonto: GLS Bank,
IBAN DE03 4306 0967 1059 2396 00



Ist Gas aus Katar moralischer?

Ich meine nein. Mir ist es nur peinlich. Hätten wir die letzten 16 Jahre in erneuerbare Energien investiert, hätten wir das Dilemma jetzt vielleicht nicht. Wenn es um deutsche Eigeninteressen geht, bleibt die Frage nach Menschenrechtsverletzungen in bestimmten Ländern auf der Strecke. Bei Ländern wie die Türkei, Saudi-Arabien, Katar, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, spielt das keine Rolle mehr. Da wird von unserer Regierung moralisches Bedenken über Bord geworfen.

Wir erinnern uns, dass die Arabischen Emirate dank deutscher Waffenexporte zusammen mit Saudi-Arabien einen schon sieben Jahre andauernden Krieg im Jemen mit mehreren Hunderttausenden Toten darunter 10.000 Kindern führen.

Das hindert aber Minister Habeck nicht daran, bei diesen Kriegsverbrechern das Flüssiggas zu kaufen. Was für eine Doppelmoral.

Simone Schubert



Linke vor Ort

Anliegen von Frauen in der Großen Straße diskutiert

Susanne Lang über Aktionen am 8. März in Strausberg

Die Märzsonne gab sich in diesem Jahr kämpferisch. Unterstützt durch das perfekte Wetter am 8. März erhielten die Aktionen zum Frauen*kampftag in Strausberg viel Zulauf und durchweg positive Rückmeldungen. Vorbereitet hatte diesen Tag das neu gegründete Strausberger Kulturkollektiv der LINKEN. Der Infostand am Landsberger Tor diente als erster zentraler Ort, um Passant*innen und Interessierte anzusprechen. Auf einer großen Infotafel luden drei Fragen Vorbeigehende zur Diskussion und zum Verweilen ein: „Warum ist Feminismus wichtig? Welche Frauen und Queers haben mich beeindruckt? Welches Klischee nervt am meisten?“ Viele nahmen das Angebot dankbar an und nutzten die Gelegenheit, über den 8. März, spannende Vorbilder und die Notwendigkeit feministischer Politik zu diskutieren und ihre Gedanken auf die Tafel zu schreiben.

Einige ältere Genossinnen wunderten sich, dass der Begriff Queer neben Frauen mit aufgenommen wurden. Queer ist aus dem Englischen abgeleitet und eine Selbstbezeichnung für all diejenigen, die sich nicht in den stereotypen Geschlechtern wiederfinden, die etwas „anders“ sind. Egal ob schwul oder lesbisch, ob transgeschlechtlich oder anders zwischen Mann und Frau verortet – allen gemeinsam ist, dass sie nicht in die Schubladen passen. Seit Mitte der 1990er Jahre beziehen sich queere und feministische Kämpfe immer stärker aufeinander, so dass wir auch in Strausberg Queer und Feminismus heute zusammen denken. Für die Schülerinnen, die in ihrer Mittagspause zur Infotafel kamen, ist der Begriff queer ganz normal – auch die Musiker*innen, die sie an die Tafel als Vorbilder schreiben, zählen sich dazu.



Foto: Samuel Signer

Mit Ausstellungen in Geschäften und Straßenkunst, also Streetart, entlang der Großen Straße wurden die Passant:innen an diesem Aktions- und Feiertag weitergeleitet. So wurden mit Sprühkreide auf die Straße Frauentags-Sprüche aufgebracht und durch große Bilder von Frauen und Queers an leerstehenden Geschäften gegen sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum protestiert.

Die Aktionen endeten schließlich am zweiten Infostand an der Geschäftsstelle der LINKEN, der mit einem reichhaltigen Buffet zum Verweilen einlud. Für Kinder gab es hier eine Lese- und Spielecke, wo Pädagog*innen kindgerecht mit Handpuppen und Bastelmöglichkeiten Geschlechterbilder und Vorurteile thematisierten.

Die Erwachsenen konnten hier die DGB-Ausstellung zum 8. März besichtigen. Schließlich ist der 8. März aus Arbeitskämpfen hervorgegangen und die sind nach wie vor aktuell: Über die aktuelle Tarifauseinandersetzung in den Sozial- und Erziehungsdiensten gab es Informationen in der Geschäftsstelle, auch wenn in Strausberg selbst keine Kita streikte. Die vielfältigen Aktivitäten von 11 bis 17 Uhr haben viele junge und alte Genossinnen und Interessierte zusammengebracht. Mit neuer Motivation und einem neuen Mitglied gestärkt, wird das Kulturkollektiv und DIE LINKE. Strausberg sicher weiter von sich reden machen.

Aus unserer Postmappe

„junge Welt“ zieht vor Gericht

Die nun bereits 75 Jahre erscheinende „junge Welt“ ist die einzige Tageszeitung, die in den Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz einen eigenen Eintrag bekommt. Die Begründungen lassen ein sehr spezielles Verhältnis der Bundesrepublik von Meinungs-, Presse- und Gewerbefreiheit erkennen. Weshalb sich die Tageszeitung „junge Welt“ und der Verlag 8. Mai gezwungen sehen, die Bundesrepublik Deutschland zu verklagen.

Unterstützen Sie die junge Welt mit einer Spende für den jW-Prozesskostenfonds:

Kontoinhaber: Verlag 8. Mai GmbH,
IBAN: DE25 1005 0000 0190 7581 55,
Stichwort: Prozesskosten

Bei der ‚junge Welt‘ handelt es sich nicht um eine politische Organisation, sondern um ein journalistisches Produkt. Dennoch wird sie seit dem Jahr 2004 regelmäßig im Verfassungsschutzbericht des Bundes im Kapitel „Linksextremismus“ aufgeführt und dort als „Gruppierung“ eingestuft, die angeblich „verfassungsfeindliche Ziele“ verfolgt. Dieser drastische Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit hat auch erhebliche Nachteile im Wettbewerb. So verweigern die Deutsche Bahn und verschiedene Kommunen und Radiosender unter Verweis auf den Verfassungsschutz-Eintrag das Anmieten von Werbeplätzen. Bibliotheken sperren den Onlinezugang zur Zeitung.

Die Bundesregierung rechtfertigt auf eine parlamentarische Anfrage der LINKEN 2021 ihre Eingriffe mit der “verfassungsfeindlichen“ weltanschaulichen Orientierung der jungen Welt: „Themenauswahl und Intensität der Berichterstattung zielen auf Darstellung ‚linker‘ und linksextremistischer Politikvorstellungen und orientieren sich am Selbstverständnis der ‚jW‘ als marxistische Tageszeitung.“ Weiter heißt es, „die Aufteilung einer Gesellschaft nach dem Merkmal der produktionsorientierten Klassenzugehörigkeit (widerspreche) der Garantie der Menschenwürde“. Weiter führt die Bundesregierung aus, dass es ihr darum geht, Relevanz und „Wirkmächtigkeit“ der ‚junge Welt‘ einzuschränken.“

Es reicht leider aus, um damit aktiv Politik gegen links zu machen, auch wenn die eigenen bürgerlichen Grundwerte der Meinungs-, Presse- und Gewerbefreiheit auf der Strecke bleiben. Unsere Solidarität ist gefragt.

https://keinMarxistillegal (Tageszeitung junge Welt) *Knut Steinkopf*

Müssen wir unbedingt Gendern?

Liebe Impulse-Redaktion,

Liebe*r unbekannte*r Autor*in des Texts „Müssen wir unbedingt Gendern?“

Ich kann dich beruhigen: Nein! Du musst nicht gendern, du kannst deine Texte schreiben wie du möchtest. Und du hast recht, materialistisch können wir zumindest dem Gendern bisher wenig nachgewiesen abgewinnen.

Dass das Gendern hässlich ist und an der Sprachwirklichkeit vorbei geht, ist eine Annahme und kein politisches Argument. Vielleicht sollten wir das Gendern so sehen wie „Bitte“ und „Danke“ sagen. Selbstverständlich sorgen die Höflichkeitsformeln nicht dafür, dass die Ungerechtigkeit der Welt abgeschafft wird, denn sie sind keine Streiks oder Demonstrationen sondern eben Höflichkeit. Und wer lässt ich denn von einem * im Text polarisieren? Ich freue mich über eine Sprache, die versucht, inklusiver zu sein und alle unsere Mitglieder anzusprechen – denn ja, auch bei uns in der LINKEN. MOL gibt es Mitglieder, die sich weder als Mann oder Frau verstehen. Diese Mitglieder korrekt anzusprechen, ist ein Zeichen von Respekt. Und zum Abschluss noch etwas Interessantes:

„Ehct ksras! Gmäeß eneir Sutide eneir Uvinisterät, ist es nchit witihcg, in wlecehr Rneflogheie die Bstachuebn in eneim Wort snid, das ezniige, was wcthiig ist, das der estre und der leztte Bstabchue an der ritihcegn Pstoiin snid.“ Und wenn unser Gehirn so einen Satz verkraften kann, kommt er auch mit ein paar * oder _ klar.

Samuel Signer – Strausberg

Der Leserbrief bezieht sich auf einen Beitrag von Simone Schubert in Ausgabe März 2022 (red).

LINKE-Landesvorsitzende in Hoppegarten

DIE LINKE lädt zu einer Diskussion über die Krise der Partei nach den Bundestags- und Landtagswahlen mit ihrer Brandenburgischen Landesvorsitzenden, **Katharina Slanina**, ein: Freitag, 22. April, 18 Uhr, in Hoppegarten, Haus der Generationen, Lindenallee 12.

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (MdL)
Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon:(0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de
Montag bis Donnerstag
9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
www.dielinke-mol.de
info@dielinke-mol.de

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon:(0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de
Montag bis Donnerstag
10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de
jeden 1. Dienstag im Monat
9.30 -11.30 Uhr
und jeden Donnerstag
16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de
Montag bis Mittwoch
9.00 -12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 1. Mai 2022
Erscheinen: 16. Mai 2022

Treffpunkt Große Straße 45

Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.

Gemeinsames Frühstück
jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

Rotes Café
28. April., 12. Mai und 26. Mai
15 bis 17 Uhr

Kostenlose Rechtsberatung – DIE LINKE hilft
jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw

Ehrendes Gedenken am 8. Mai: Nie wieder Krieg!

Am 8. Mai feiern wir zum 77. Mal die Befreiung vom deutschen Faschismus. Dieses Jahr wird überschattet von einem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir sagen trotzdem Danke allen Soldaten und Soldatinnen der Roten Armee und der alliierten Armeen und erinnern daran, welche Opfer sie für diese Befreiung gebracht haben. Zudem kritisieren wir die im Windschatten der Kriegsberichterstattung massiven Aufrüstungspläne der Bundesregierung und fordern weiterhin: Abrüstung statt Aufrüstung! Gegen Neonazis und Faschismus in allen Ländern! Der 8. Mai muss Feiertag werden!

Wir treffen uns:

10 Uhr, **Strausberg, Ehrenhain**, Wriezener Straße
14 Uhr, **Müncheberg, Sowjetisches Denkmal**, Karl-Marx-Straße.

Eine gemeinsame Fahrradtour führt von Strausberg nach Müncheberg und zurück: https://mol.vvn-bda.de.

Kira Güttinger
VVN-BdA MOL

Mitglieder der LINKEN erinnern in vielen Städten und Gemeinden an das Ende des Zweiten Weltkrieges 1945, an die unzähligen Opfer und an den Schwur der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald: Nie wieder Krieg!

10 Uhr, **Gedenkstätte Seelower Höhen**, Küstriner Straße

10 Uhr, **Ehrenfriedhof Bad Freienwalde**, Berliner Straße

11 Uhr, **Sowjetischer Ehrenfriedhof, Altlandsberg**, Am Markt

18 Uhr **OdF-Denkmal, Petershagen**, Eggersdorfer Straße.

Heraus zum 1. Mai!

Am **1. Mai** laden in Strausberg wieder DGB-Gewerkschaften, DIE LINKE, DKP, Rotfuchs und Bürgervereine gemeinsam zu einem politischen und kulturellen Programm ein, ab 12 Uhr, **Große Straße, Nähe Marktplatz**. Einen Schwerpunkt werden dabei die Aktionen und Streiks der Kita-Erzieherinnen bilden.

Mitglieder aus MOL beraten weiter über DIE LINKE.

Die Mitglieder der LINKEN. Märkisch-Oderland setzen ihre Diskussion über neue Impulse für ihre Partei fort: **30. April**, 10 Uhr bis 14 Uhr, Gasthaus „Zur Ostbahn“, Trebnitzer Hauptstraße 26, 15374 Müncheberg, OT Trebnitz.

IMPRESSUM
Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.
V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.
Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat